

Schule, die krank macht

Neben einer grundsätzlichen Reduzierung der Arbeitsbelastung durch weniger Stunden vor der Klasse muss der Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Fokus gerückt werden

Was offensichtlich der Behörde noch neu ist oder unbedeutend erscheinen muss, wusste *Welt-online* schon 2007 zu berichten. Dabei ist der Trend „Schule macht krank“ anhand der Zahlenlage offensichtlich: Die durchschnittlichen Krankentage in Deutschland sind von 2006 bis 2019 um weit mehr als 50 Prozent gestiegen, Spitzenreiter unter den Ursachen: psychische Störungen (Quelle: BKK Gesundheitsreport; Focus).

Und siehe da: Auch die Fehlzeitenquote der Lehrer innen steigt unaufhaltsam. Lag diese in Hamburg 2013/14 noch bei 5,4 Prozent stieg sie 2016/17 auf 6 Prozent und erreicht 2018/19 mit 6,4 Prozent einen neuen Höchststand. Dabei ist die Fehlzeitenquote der Frauen um 38 Prozent höher als die der Männer, entsprechend der hohe Ausfall an den Grundschulen.

Seit 2012/13 sind die Fehltage der 30-39-Jährigen um mehr als 60 Prozent gestiegen, trotz Personalzuwachs von 18 Prozent ist dies signifikant hoch. Schlimm sieht es ebenso bei den über 60jährigen aus: Mit 7,9 Prozent liegt diese Altersgruppe deutlich über dem Durchschnitt.

Die langfristigen Erkrankungen, vielfach ausgelöst durch Burn-out, bilden aktuell zwar mit 1,4 Prozent nur einen geringen Anteil der Krankheitsfälle, aber sie beeinflussen die Fehlzeitenquote mit 28 Prozent aller Fehltage stark.

Und Obacht: In diese Berechnungen sind nur die Daten eingeflossen, die außerhalb der Ferien gemeldet wurden. Die bereinigten Zahlen liegen höher, denn wer weiß es nicht: Erst wenn die

Ferien anbrechen, brechen sich auch die Krankheiten Bahn.

Alles neu oder altbekannt?

Dies alles müsste der BSB allerdings bekannt sein, schließlich führen die Schulen seit Jahren Gefährdungsbeurteilungen durch. Und beim Vergleich der Jahresberichte des LI zu den Gefährdungsbeurteilungen fallen einzig die stets gleichen Beschwerdebilder auf: Zeitdruck, keine Erholung in den Pausen, ineffiziente Konferenzen, Probleme bei der Kommunikation mit Schulleitungen, Gewalt durch Schülerinnen und Schüler und Lärm. Wer kennt dies nicht?! Mittlerweile fühlen sich 68 Prozent der Kolleg_innen gesundheitlich beeinträchtigt, eine Zunahme seit 2014 um 14 Prozent. Mehr als die Hälfte der Kolleg_innen sagen, dass ihr Gesundheitszustand sich in den letzten zwei bis drei Jahren verschlechtert hat.

(Bericht über die Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen psychosozialer Belastungen des pädagogischen Personals an Hamburger Schulen – Jahresbericht 2017/18 / LIB 4)

Und in Zukunft?

Es reicht einfach nicht, dass Gefährdungsbeurteilungen, die nicht ausreichend tätigkeitsbezogen sind und Gefährdungen sich daher auch nicht ausreichend spezifisch auf ihre Quellen zurückführen lassen, alle fünf Jahre durchgeführt werden sollen. Es reicht einfach nicht, dass Maßnahmen geplant werden, diese dann aber nicht prioritär gemäß dem Arbeitsschutzge-

setz abgearbeitet werden: Zuerst technische, dann organisatorische und dann erst personenbezogene Maßnahmen. Es reicht einfach nicht, dass, falls es keine Maßnahmen gibt, die Gefährdungsbeurteilungen einen Hinweis an die Schulaufsicht beinhalten. Und es reicht auch nicht, dass das LI Angebote macht, wie z.B. mit Stress umzugehen sei. Die Arbeitsverhältnisse vor Ort müssen in den Fokus rücken!

Und dabei ist - das müssen die Verantwortlichen der BSB endlich begreifen – der Personalrat bei allen Fragen des Gesundheitsschutzes hinzuzuziehen.

Bis es soweit ist, sei aber wenigstens an das Rosenboom-Schreiben vom September 2012 zur besonderen Fürsorge ab dem 55. Lebensjahr erinnert: Diese Kolleg_innen müssen entlastet werden, z.B. bei der Gestaltung des Stundenplans oder sie sollen ggf. in kleineren Lerngruppen eingesetzt werden. Sie sollten Funktionsstunden erhalten, weniger Aufsichten erteilen oder ein Anrecht auf einen freien Tag und ein Anrecht auf einen Ruheraum in der Schule haben. Auch auf Klassenreisen müssen diese Kolleg_innen nicht zwingend fahren. Vor allem brauchen sie nicht mehr beurteilt werden und mit dem Erreichen des 58. Lebensjahres sind sie außerdem grundsätzlich von Versetzungen gegen ihren Willen auszunehmen. Durch solche Maßnahmen kommen wir zu dem, was man unter einem salutogenen Leitungshandeln versteht.

aus: Informationen des
Gesamtpersonalrates – (aktuelle
Ausgabe; gekürzt; Quellen s. Info)